Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos": München, Plinganserstraße Nr. 64.

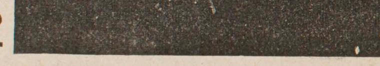
I N H A L T :

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck-Konto: München 3987

Nr. 29 | München, 18. Juli 1930 | 17. Jahrgang

1930 Wochenkalender 5690

	Juli	Tammus	Bemerkungen
Sonntag	20	24	
Montag	21	25	
Dienstag	22	26	
Mittwoch	23	27	
Donnerst.	24	28 י״ב קטן	
Freitag	25	29	
		Aw	
Samstag	26	1	מטות מסעי ראש חדש הפטרה שמעו דבר ה׳ (Jer. 2, 4—28, 3, 4) (P. R. פרק ב׳)



Das Jüdische Echo

Nummer 29 | 18. Juli | 17. Jahrgang

Schwebezustand

Man hatte erwartet, daß die große politische Aussprache im englischen Unterhaus über das Palästinaproblem und die zukünftige Politik Englands in Palästina noch vor den Ferien stattfinden wird. Bisher ist in der Haltung der Mandatarmacht seit dem Erscheinen des Weißbuches vor der Sitzung der Mandatskommission in Genf keinerlei entschiedene Stellungnahme erfolgt. Das Weißbuch enthielt eigentlich nur negative Feststellungen. Einmal, daß jüdische Einwanderung und jüdischer Bodenerwerb vorläufig Gegenstand der Untersuchung sein sollen, d. h. daß die Einwanderung praktisch unterbunden wird, zweitens aber, daß die arabischen Forderungen nach einer Verfassungsänderung im Sinne der Selbstverwaltung von der englischen Regierung nicht akzeptiert werden können. Das Weißbuch stellte also weder die Juden noch die Araber zufrieden und dieser Zustand der Opposition der Mandatarmacht gegenüber beiden Bevölkerungsteilen des Landes dauert an. Ein oberflächlicher Beurteiler könnte aus der Tatsache, daß sowohl Juden wie Araber mit den Engländern unzufrieden sind, den voreiligen Schluß ziehen, daß die Engländer in staatsmännischer Klugheit eine mittlere Linie einhalten und bemüht sind, die widerstreitenden Forderungen gegeneinander abzuwägen, wodurch sie sich das Mißfallen beider Parteien zugezogen haben. In Wirklichkeit aber ist diese Haltung keineswegs objektiv-neutral und im Grunde genommen beiden Parteien gegenüber wohlwollend. Wäre das der Fall, so hätte England schon längst den Weg beschritten, der allein zu einem Erfolge zu führen vermag, den Weg des ehrlichen Maklers zwischen beiden Parteien, der, mit der Autorität ungeheurer Macht und großer politischer Erfahrung ausgestattet, die streitenden Teile zu einer gemeinsamen Beratung bringt. Es ist sicher, daß eine derartige Beratung im ersten Anhieb noch zu keinem Erfolge zu führen vermag, aber der Anfang muß einmal gemacht werden und diesen Anfang hat England niemals ernstlich herbeizuführen versucht.

Mittlerweile dauert die Empörung innerhalb der Weltjudenheit gegenüber der Haltung der englischen Regierung an. Es ist kein Zweifel, daß die Protestbewegung in allen Ländern jüdischer Siedlung auf die Mandatarmacht ihren Eindruck nicht verfehlt hat. Aber die Bürokratie in allen Ländern und auch in England ist niemals geneigt zuzugeben, daß sie einen Fehler begangen hat und lieber häuft sie neue Unvernunft auf alten Irrtum, als daß sie sich zu einer Selbstkritik und zu einer Änderung ihrer falschen Linie entschließen könnte. In der gleichen Lage befinden sich die Juden mit ihrer Forderung der Aufhebung der Einwanderersperre gegenüber dem Kolonialamte in London. Dieses ist froh, die Ausrede zu haben, daß der Sachverständige Englands, Sir John Hope Simpson, mit seinem Berichte noch nicht fertig ist, weswegen das Colonial Office also keine Entscheidung zu treffen vermag.

Das letzte Wort über die zukünftige Politik der britischen Regierung in Palästina, aber auch über die Maßnahmen der Jewish Agency ist noch lange nicht gesprochen. Die Debatte im englischen Unterhaus über die Palästinafrage soll im Herbst stattfinden und das Unterhaus soll einen vollen Tag dieser Aussprache widmen. Ende August werden in Berlin das Aktionskomitee der Zionistischen Organisation und das Administrativkomitee der Jewish Agency zusammentreten. Auf diesen Tagungen sollen nach dem Beschluß der Exekutive Datum und Tagungsort des 17. Zionistenkongresses bestimmt werden. Wie die Dinge liegen, scheint es daher, daß der Schwebezustand, in dem sich die jüdische und zionistische Welt hinsichtlich der sie bewegenden Fragen befinden, in den nächsten Wochen kaum ändern wird. Dieses Gefühl der Ungewißheit und Unsicherheit drückt sich in der unverminderten Proteststimmung der Juden aus. Trotz der Ferien werden allenthalben Versammlungen abgehalten und Kundgebungen erlassen, in denen das Recht der Juden auf die Schaffung ihres jüdischen Nationalheims in Palästina zum Ausdruck kommt.

Wichtige Konferenz zwischen Dr. Weizmann und Lord Paßfield

London, 8. Juli. (JTA.) Der Präsident der Zionistischen Weltorganisation und der Jewish Agency, Chaim Weizmann, besuchte am 7. Juli morgens auf Einladung des Kolonialministers Lord Paßfield das britische Kolonialamt, wo er durch den Kolonialminister empfangen wurde. Präsident Weizmann besprach mit Lord Paßfield eine Reihe wichtiger Fragen der englischen Politik in Palästina.

Über den Verlauf der Konferenz ist ein Kommuniqué nicht veröffentlicht worden. In Londoner politischen Kreisen wird diesem Besuch des Präsidenten der Jewish Agency beim Kolonialminister (Dr. Weizmann und Lord Paßfield hatten sich seit sechs Wochen nicht gesehen) große Bedeutung beigemessen.

London, 9. Juli. (JTA.) Die seit der Suspendierung der Arbeiterzertifikate durch die Londoner Regierung seitens der Zionistischen Exekutive abgebrochenen offiziellen Beziehungen zum Colonial Office sind, wie die Jüdische Telegraphen-Agentur aus autoritativer Quelle erfährt, wieder aufgenommen worden. Es sind Verhandlungen über die schwebenden Fragen im Gange, die aber kein endgültiges Ergebnis haben können, solange der Bericht Sir John Hope Simpsons über seine in Palästina angestellten Untersuchungen nicht vorliegt. Der Bericht soll, wie wiederholt angekündigt wurde, Ende Juli abgeschlossen vorliegen.

London, 9. Juli. (JTA.) Der High Commissioner für Palästina, Sir John Chancellor, der in der vorigen Woche seinen Urlaub angetreten hat, ist am 7. Juli in London eingetroffen. Es verlautet, daß die Regierung mit ihm während seines Londoner Aufenthaltes über die Frage der zukünftigen Politik in Palästina beraten wird.

Board of Deputies verlangt Freigabe der Einwanderungszertifikate

London, 12. Juli. (JTA.) Für den Board of Deputies der britischen Juden erschienen dieser Tage beim Staatssekretär für die Kolonien, Lord Paßfield, O. E. d'Avigdor Goldsmid, Lord Rothschild, B. S. Straus und J. M. Rich, um ihm als gewählte Vertreter der Juden des britischen Empire die Ansichten des Board über die Suspendierung der 2300 Arbeiterzertifikate vorzutragen.

Die Deputation legte Lord Paßfield dar, daß der Board in Großbritannien mit Wissen und Unterstützung des Colonial Office die Initiative innerhalb der Bewegung ergriffen hat, die 1929 zur Kooperation aller Teile der jüdischen öffentlichen Meinung in der erweiterten Jewish Agency für Palästina geführt hat. Daher ist der Board, ohne eine zionistische Körperschaft zu sein, an der Verwaltung des Mandats lebhaft interessiert. Er sieht sich zu der Annahme gezwungen, daß die Einwanderungszertifikate von der Regierung aus politischen Gründen suspendiert worden sind, da die ökonomischen Faktoren von der palästinensischen Administration gründlich geprüft worden sind, bevor sie am 12. Mai die Herausgabe der Zertifikate sanktionierte. Die Maßnahme der Regierung hat die Tätigkeit der Jewish Agency geschädigt und den Eindruck erweckt, daß die Regierung zu der Ansicht gekommen ist, die jüdische Einwanderung müsse gesperrt werden. Die Jewish Agency ist ausschließlich auf freiwillige Beiträge angewiesen und die Suspendierung der Zertifikate hatte eine ernste Schädigung des Einkommens der Agency zur Folge. Die Regierungspolitik hat in Palästina keine loyale und zufriedene Bevölkerung geschaffen, und in den Beziehungen des Landes zur Außenwelt sind Rückschläge festzustellen. Die Juden haben jahrhundertelang Ungerechtigkeiten von der Hand anderer ertragen und sind die letzten, die wünschen würden, daß den Arabern Unrecht geschieht. Die Deputation übermittelte der Regierung die Bitte, die Zertifikate freizugeben und ihre Absicht, Palästina im Geiste des Mandats zu verwalten, zu demonstrieren.

Lord Paßfield sagte: Die Proteste der Juden scheinen auf einem Mißverständnis zu beruhen. Die Politik der Regierung hat keine Änderung erfahren und die Ausführung des Mandats ist nicht ungewiß geworden. Aber das Mandat hat keinen Judenstaat vorgesehen, sondern ein jüdisches Nationalheim in Palästina in Einheit mit der Wahrung von Stellung und Rechten der arabischen Bevölkerung. Der jüdischen Einwanderung sind durch die Aufnahmefähigkeit des Landes Grenzen gesetzt. Die Einwanderung ist nicht gesperrt worden. 950 für das gegenwärtige Halbjahr im voraus bestätigte Arbeiterzertifikate sind nicht suspendiert worden. Die Shaw-Kommission berichtet, daß im Ergebnis der jüdischen Landkäufe eine bestimmte Zahl von Arabern ökonomisch geschädigt wurde, obwohl anerkannt worden ist, daß die Jewish Agency in liberaler Weise Geldentschädigungen gezahlt hat. Die Regierung hält es für notwendig, die Behauptungen auf ihre Wahrheit zu prüfen und hat zu diesem Zweck den besten zur Verfügung stehenden Sachverständigen mit der Durchführung einer Untersuchung betraut. Die Untersuchung ist gegenwärtig im Gange und es kann, obwohl jede Verzögerung vermieden wird, kein Versprechen abgegeben werden, zu welchem Zeitpunkt die Entscheidung wird gefällt werden können.

* * *

Lord Paßfield beklagt sich über das Mißtrauen der Juden

Neuyork, 11. Juli. (JTA.) Die in Neuyork in jiddischer Sprache erscheinende große sozialistische Tageszeitung „Vorwärts" veröffentlicht eine Erklärung des englischen Kolonialministers Lord Paßfield (Sidney Webb) über die Palästinapolitik der Arbeiterregierung und über den Konflikt zwischen Colonial Office und Zionistischer Organisation. Es heißt darin:

Es ist nicht richtig, daß die Arbeiterregierung gegen die Politik des jüdischen Nationalheims ist. Die jüdische Einwanderung nach Palästina ist nicht gesperrt, sondern bloß für eine gewisse Zeit unterbrochen worden. Großbritannien hält an seiner Absicht, die Bestimmungen des Palästinamandates durchzuführen, fest. Die Regierung hält aber eine Masseneinwanderung im gegenwärtigen Augenblick für nicht vorteilhaft, und zwar gerade für die Juden und Zionisten. Diese Haltung der Regierung ist diktiert von der politischen und wirtschaftlichen Situation Palästinas, die wohl eine Infiltration, nicht aber einen breiten Strom jüdischer Einwanderung zuläßt. Kann man von einer Sperre der Einwanderung sprechen, wo doch keine einzige bereits erteilte Einwanderungserlaubnis zurückgezogen worden ist? Besteht ein zureichender Grund dafür, daß von Panik ergriffene Juden in aller Welt verkünden, die Arbeiterregierung habe sie verraten? Durch Verbreitung solcher grundloser Gerüchte über die Arbeiterregierung liefert man deren inneren und äußeren Feinden Waffen in die Hand. Von Panik ergriffen, haben die Juden allen Sinn für Proportionen verloren.

Lord Paßfield greift auch den Präsidenten der Jewish Agency, Professor Chaim Weizmann, an und erklärt wörtlich: „Ich kenne Weizmann seit zehn Jahren, aber ich habe ihn noch nie so nervös gesehen wie in diesen Tagen. Er hat es zugelassen, daß gewisse unverantwortliche Gerüchte über mich als Kolonialminister und über die Regierung verbreitet worden sind. Ich will nicht sagen, daß er selbst diese Gerüchte ausgestreut hat, was ich aber unterstreichen will ist, daß er sie hätte dementieren oder der Wahrheit gemäß berichtigen sollen." Lord Paßfield tritt dann der Version entgegen, er habe Weizmann vorsätzlich irregeführt, indem er eine Besprechung zwischen Weizmann und Simpson vor Simpsons Abreise nach Palästina zugesagt und die Zusage nicht gehalten hat. Er schreibt: „Ich habe Weizmann kein ausdrückliches Versprechen gegeben. Ich habe lediglich gesagt, daß ich die Besprechung für zulässig halte. Kann ich dafür verantwortlich gemacht werden, wenn Simpson seine persönlichen Pläne umgestoßen hat? Wie konnte die unrichtige Mitteilung verbreitet werden, ich hätte Weizmann irregeführt? Wer ist für diese Mitteilung verantwortlich und welche Absicht steckt dahinter?"

Das Mandat, fährt Paßfield fort, garantiert den Juden eine Heimstätte (Home Land), und nicht einen Staat. England kann keinen Judenstaat schaffen. Die Juden werden doch nicht erwarten, daß in in der Heimstätte 12 oder 14 Millionen Juden angesiedelt werden. Die zionistische Bewegung erschwert die in Angriff genommene Aufgabe, indem sie unter den Juden Mißtrauen gegen die Regierung sät. Lord Paßfiesld bestreitet, daß die Regierung die Bodenkäufe der katholischen Kirche erleichtert habe.

Gegenstand der Mission Simpsons, schließt Paßfield, ist nicht ein verpflichtender Bericht, sondern Information. Die Regierung wird seine Informationen zur Grundlage ihrer Entscheidungen nehmen und nicht etwaige Empfehlungen. Simpson wird in drei bis vier Monaten zurückerwartet. Unterdessen sollten sich die Juden beruhigen und nicht mit Mißtrauen auf Großbritannien blicken, denn Großbritannien bricht sein Wort nicht.

Im Leitartikel begrüßt die Redaktion des „Vorwärts" die vorstehende Äußerung Lord Paßfields als eine Geste des Friedenswillens gegenüber den Juden. Die Juden. schreibt das Blatt, werden die ausgestreckte Friedenshand mit Wärme ergreifen.

Scharfe Kritik der Mandatskommission an der Palästina-Administration

Über den Palästinabericht der Mandatskommission des Völkerbundes sind in den letzten Tagen verschiedene sich widersprechende Meldungen veröffentlicht worden. U. a. hat auch der „Daily Telegraph" (ähnlich die Wiener „Neue Freie Presse") in sensationeller Weise berichtet, daß die Mandatskommission zwar auch die Haltung der Palästinaregierung kritisiere, sich aber vor allem gegen den Zionismus wende. Diese Meldung wird nun neuerdings durch die folgende berichtigt, die indes auch mit Vorsicht aufzunehmen ist. Endgültige Klarheit wird erst die Veröffentlichung des Berichts selbst schaffen, die in etwa vierzehn Tagen erfolgen dürfte.

London, 11. Juli. (JTA.) „Daily Telegraph" setzt seine Mitteilungen über den Inhalt des Palästinaberichtes der Permanenten Mandatskommission fort und schreibt:

Der Bericht der Mandatskommission über Palästina enthält eine scharfe Kritik der Administration. Er vertritt die Meinung, daß die beschränkte Zahl britischer Truppen und die unzureichenden Polizeikräfte in erster Linie für die Ausbreitung der arabischen Unruhen und für die ernsten Konsequenzen, die sie im Gefolge hatten, verantwortlich zu machen sind. Die Kommission vertritt die Meinung, daß die Unruhen nicht so beurteilt werden dürfen, als wären sie inmitten einer beruhigten politischen Atmosphäre spontan ausgebrochen. Es war ihnen eine Reihe warnender Zwischenfälle vorangegangen, deren offensichtliches Zentrum der Klagemauerkonflikt war. Die Klagemauer wurde in bestimmter Weise zum Konzentrationspunkt für die einander widersprechenden Wünsche der beiden Völker, von denen jedes bemüht war, seine Ansprüche durch Berufung auf eigenes Recht oder durch Anklagen gegen die andere Partei durchzusetzen. Der Streit um die Klagemauer erzeugte in der jüdischen Bevölkerung und durch Übertragung in einem großen Teil Palästinas einen Zustand von Nervosität und erhitzter Leidenschaft, die jederzeit zu einer gewalttätigen Explosion führen konnten. Nichtsdestoweniger sei die Möglichkeit einer Vorsätzlichkeit der Unruhen nicht ausgeschlossen; die Kommission ist nicht davon überzeugt, daß die von der Majorität der britischen Untersuchungskommission eingenommene nachsichtige Haltung gegenüber dem Verhalten der arabischen Führer gerechtfertigt ist.

Die Mandatskommission ist ferner der Meinung, daß die britische Erklärung, in der behauptet wird, daß die Palästinabewegung nicht gegen die britischen Behörden gerichtet war, kaum zu rechtfertigen ist. Zweifellos waren die Angriffe der Araber ausschließlich gegen die Juden gerichtet. Aber die Erregung der an ihnen beteiligten Araber hatte in politischen Verhältnissen ihren Ursprung. Für diese Erregung wurden von den Arabern diejenigen verantwortlich gemacht, die an der Ausführung des Mandats interessiert sind, also an erster Stelle die britische Regierung. Alle Vorstellungen von politischen Führern, Vereinigungen und anderen Vertretern des arabischen Elements haben klar erwiesen, daß die arabische Bewegung eine Tendenz zur Auflehnung gegen die Politik der Mandatarmacht als solche enthält. Die britische Regierung hätte vor dem September 1929 handeln müssen. Die Mandatarmacht stimmt mit der (britischen) Untersuchungskommission in der Feststellung überein, daß der im Lande herrschende gefährliche Gemütszustand durch fortgesetzte Propaganda der Landespresse, an erster Stelle der arabischen Presse, gefördert worden ist. Die Administration hat nicht immer rechtzeitig von der zu ihrer Verfügung stehenden Macht Gebrauch gemacht. Durch das Pressegesetz können Veröffentlichungen aufwieglerischen Charakters ausgeschaltet werden. Die Palästinaregierung wurde durch die Ereignisse in vieler Hinsicht überrascht. Die von der Landesadministration in der Berichtsperiode bewiesene Unschlüssigkeit erklärt sich durch die Tatsache, daß die Ereignisse sie vollkommen unvorbereitet trafen.

Die Kommission kann ihr Bedauern darüber nicht verbergen, daß die Mandatarmacht bei der Totaldurchführung des Mandats in manchen Hinsichten nicht erfolgreich gewesen ist. Es wird gegen die Regierung der Vorwurf erhoben, sie habe ihre Verpflichtung, die Errichtung eines Nationalheims für die Juden zu fördern, nicht erfüllt. Sie hat es unterlassen, die für die Entwicklung eines nationalen Zentrums für das jüdische Volk notwendigen Bedingungen, die Sicherheit für Leben und Eigentum, zu schaffen. Ihre Schwäche in mancher Beziehung angesichts solcher präzedenzloser Erscheinungen, wie sie die zionistische Bewegung darstellt, hat auch andere als nur jüdische Interessen geschädigt.

Im Hinblick auf die wohl organisierte und über bedeutende Mittel verfügende jüdische Gemeinschaft müssen die unorganisierten und solcher finanziellen Wellen entbehrenden Araber schwere Bedenken hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Zukunft tragen. Sie hätten Schutz ihrer Interessen finden müssen in einer Agrarpolitik oder in der Durchführung öffentlicher, zur Entwicklung der landwirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes bestimmter Arbeiten. Solche Maßnahmen würden die Araber dahingebracht haben, die gewonnenen Vorteile richtig einzuschätzen und die Kenntnis moderner Methoden zur Erzielung größter Gewinnung aus dem Boden unter ihnen verbreitet haben. Die Kommission ist der Meinung, daß die Mandatarmacht die Interessen der beiden Elemente der palästinensischen Bevölkerung miteinander in Einklang hätte bringen können. Durch Studium der die Einwohner des Landes interessierenden ökonomischen Probleme hätte die Regierung die beiden Elemente in eine enge Verbindung miteinander bringen und so zu einer Fusion der Interessen beitragen können.

Auf die arabischen Forderungen nach freier Selbstregierung übergehend, stellt die Kommission fest, daß diejenigen, die diese Gedanken formulieren, bei ihr keine Unterstützung finden werden. Es wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die Notwendigkeiten, gegen feindselige Elemente einzuschreiten, die Palästina-Regierung nicht daran hindern werden, ein konstruktives Programm mit größerer Energie als bisher durchzuführen. Die von der britischen Regierung zur Verhinderung zukünf-

tiger Unruhen unternommenen Schritte werden gutgeheißen. Der Bericht spricht sich dahin aus, daß die in dem Mandat niedergelegten Verpflichtungen gegenüber den beiden Teilen der palästinensischen Bevölkerung gleich bedeutsam und keineswegs miteinander unvereinbar sind.

Die Frickschen Haßgebete müssen aus den Schulen verschwinden

Leipzig, 12. Juli. (JTA.) Der Staatsgerichtshof verhandelte am Freitag, dem 11. Juli, unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bumcke über die „Schulgebete" des thüringischen nationalsozialistischen Kultus- und Innenministers Frick. Staatssekretär Dr. Zweigert, der als Vertreter des Reichsinnenministers Dr. Wirth die Klage gegen den Schulgebeterlaß der thüringischen Regierung vertritt, führte aus, die Reichsregierung müsse auf eine autoritative Feststellung dringen, daß es nach der Weimarer Verfassung unter keinen Umständen statthaft sei, die Einrichtung von Schulgebeten parteipolitisch und zur Verletzung von Empfindungen Andersdenkender zu mißbrauchen. Dr. Frick hat als Exponent der Nationalsozialistischen Partei einen Kernpunkt aus deren Programm unter Mißachtung der Reichsverfassung zum Inhalt von Schulgebeten gemacht. Er selbst ist in München wegen Beihilfe zum Hochverrat zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden. Er wäre also von den thüringischen Lehrern auf eine etwaige Kinderfrage nach der Bedeutung der Gebete als Beispiel verdammenswerter Verräterei zu nennen. Verletzt sind über den Kreis der unmittelbar Gemeinten hinaus alle, denen das Gebet zu heilig ist, als daß sie es zur Magd der Parteipolitik herabgewürdigt sehen möchten, mithin in erster Linie die Bekenner der christlichen Konfessionen; verletzt alle, denen die seelisch-ethische Entwicklung unserer Jugend am Herzen liegt und die sich deshalb dagegen verwahren, daß den Kindern Haß ins Gemüt gesät wird.

Der Ordinarius für praktische Theologie, Prof. Eger (Halle) kennzeichnete, als Sachverständiger vernommen, die Frickgebete als Verstöße gegen das evangelische Empfinden, da sie Gott als Werkzeug höchst irdischer Haß- und Rachegesinnung in Anspruch nähmen; als Produkte einer unterchristlichen Stufe, über die Jesus die Menschheit emporgehoben habe.

Der Ordinarius für Moral und Apologetik, Prof, Mausbach (Münster), charakterisierte als der katholische Sachverständige die Frickschen Gebete als dem pharisäischen Typus zugehörig.

Für die verklagte thüringische Regierung erklärte Min.-Rat Gerstenhauer, mit den „art- und volksfremden Elementen" würde nur eine der Ursachen der deutschen Volknot bezeichnet; mit den „Volksverrätern" könnten die Juden nicht gemeint sein, weil Verratsverbrechen zu 90 Prozent von Deutschen begangen worden sind. Fricks mündliche gegen die Juden gerichteten Kommentare seien nur darauf zurückzuführen, daß Frick damals von den Sozialdemokraten „aufs Glatteis" gelockt wurde.

Um 5 Uhr nachmittags verkündete Präsident Dr. Bumcke das folgende Urteil: „Die im Amtsblatt des thüringischen Ministeriums vom 22. April 1930 veröffentlichte Empfehlung von Schulgebeten vom 16. April 1930 ist, soweit sie sich auf die Gebete II, III und IV bezieht, mit Art. 148, Abs. 2, der Reichsverfassung nicht vereinbar."

In der Begründung des Urteils führte Präsident Bumcke aus: Artikel 148, Absatz 2, der Reichsverfassung lautet: „Beim Unterricht in öffentlichen Schulen ist Bedacht zu nehmen, daß die Empfindungen Andersdenkender nicht verletzt werden." Diese Vorschrift stellt nicht etwa nur eine unverbindliche Mahnung dar, sondern sie ist eine Rechtsvorschrift und begründet eine Rechtspflicht. Es ist nicht verwehrt, in einer öffentlichen Schule Fragen der Religion, der Geschichte, der Politik sachlich zu erörtern und zu ihnen eine bestimmte Stellung zu nehmen; verwehrt ist aber, daß dies in einer Weise geschieht, die dem Andersdenkenden wehe tut, die ihm als eine Herabwürdigung seiner eigenen Anschauung erscheint und die bei ihm peinliche, schmerzliche Empfindungen erweckt. Jeder Unterricht wirkt über den Kreis hinaus, an den er sich unmittelbar wendet. Was in der Schule gesagt wird, geht in die Familien der Schüler, geht in die breite Öffentlichkeit über.

Auch die Art der Empfehlung der Gebete und ihre Erläuterung durch den verantwortlichen Minister, der sie empfohlen hat, im Thüringischen Landtag, seinem Parlament, kann bei der Beurteilung der Gebete nicht außer Betracht gelassen werden. Es wird dann klar, daß die von der Reichsregierung beanstandeten Stellen der Gebete sich gegen die politischen Anschauungen weiter Teile des deutschen Volkes wenden und ein Bekenntnis zum Antisemitsmus enthalten, und zwar in der Form, daß die Anhänger anderer politischer Anschauungen und die Juden als Volksbetrüger und Landesverräter gebrandmarkt werden. Diese Art der Stellungnahme muß die Empfindungen Andersdenkender verletzen und hat sie, wie die Aufnahme der Gebete in der Öffentlichkeit beweist, in weitem Umfange schwer verletzt.

Die verletzende Wirkung wird aber noch dadurch verschärft, daß die thüringische Regierung durch die Wahl der Gebetsform auf das religiöse Gebiet übergegriffen hat. Hiernach sei dem Antrag der Reichsregierung stattzugeben.

Frick will den Entscheid des Staatsgerichtshofes unberücksichtigt lassen

Berlin, 14. Juli. (JTA.) Auf einer Vertreterversammlung des thüringischen Gautags der Nationalsozialisten erklärte Frick zu der Frage der Schulgebete, es sei lächerlich, daß solche Kleinigkeiten dem Staatsgerichtshof zur Entscheidung übergeben würden. Mit den Gebeten seien keinerlei Angriffe gegen Juden oder Marxisten beabsichtigt, sondern lediglich die sittliche Erneuerung des Volkes. Trotz der Ablehnung kämen die Gebete freiwillig weit über Thüringen hinaus zur Anwendung.

Wie der „Völkische Beobachter" aus Weimar meldet, stehe Minister Frick auf dem Standpunkt, daß der Entscheid des Staatsgerichtshofes in Sachen der thüringischen Schulgebete verfassungswidrig sei. Deshalb gedenke Frick nicht, den Vorschlag der Freiheitsgebete amtlich zurückzuziehen, sondern werde sich darauf beschränken, den Entscheid im Gesetzblatt bekanntzugeben.

Eine Erklärung des Reichsinnenministeriums

Von seiten des Reichsinnenministeriums wird zu der Entscheidung des Staatsgerichtshofes über die thüringischen Schulgebete darauf hingewiesen, daß der thüringische Staatsminister Baum in seinem Brief vom 24. Mai an den Reichsinnenminister die Erklärung abgegeben hat, das gesamte Staatsministerium werde sich dem Spruch des verfassungsmäßigen Gerichtshofes fügen. Es sei demnach kein Zweifel, daß die Empfehlung der Schulgebete zurückgezogen werden müsse.

Justiz und nationalsozialistische Terrorakte

Berlin, 14. Juli. (JTA.) Die merkwürdige Behandlung nationalsozialistischer Exzesse durch deutsche Gerichte hat die sozialdemokratische preußische Landtagsfraktion zu folgender Großen Anfrage an die Staatsregierung veranlaßt:

„Während sich die blutigen Ausschreitungen der Nationalsozialisten gegen Andersdenkende von Tag zu Tag mehren, behandelt die Rechtsprechung auch bei schwerwiegenden Folgen die Exzesse immer noch als Bagatellen. Hierdurch entsteht in der Bevölkerung das Gefühl, daß gegen Überfälle und Mißhandlungen durch Nationalsozialisten ein wirksamer strafrechtlicher Schutz vom Staate nicht gewährt werde. Dieses Gefühl wird bestärkt durch die Beobachtung, daß nationalsozialistische Angeklagte im Gerichtssaal ein außerordentlich dreistes und provozierendes Wesen zur Schau tragen dürfen, ohne daß dies von den sonst sehr strengen Gerichtsvorsitzenden gerügt wird.

Als Einzelbeispiele aus jüngster Zeit führen wir an:

In der Berufungsverhandlung des Schweidnitzer Prozesses führten die angeklagten Nationalsozialisten förmliche Tumultszenen auf; sie verließen einmal auf Aufforderung ihres Verteidigers Frank geschlossen den Verhandlungssaal. Der Vertreter der Nebenkläger wurde von ihnen und den nationalsozialistischen Zeugen in jeder erdenklichen Weise als Jude beschimpft und verhöhnt. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor von Loefen, war stets bereit, derartige Ausschreitungen zu überhören; er mußte in den schwersten Fällen erst durch Anträge des Staatsanwalts zur Verhängung von Ordnungsstrafen förmlich gezwungen werden, die auch bei den ärgsten Tumulten auffällig niedrig ausfielen. Das Verhalten des Vorsitzenden ist um so auffäliger, als bereits die ungerügten Ordnungswidrigkeiten der Verhandlung erster Instanz Gegenstand lebhaftester öffentlicher Kritik gewesen waren. Der nachsichtigen Verhandlungsführung entspricht durchaus das Urteil, das die Absicht des Landfriedensbruchs bei den Angeklagten verneint, obwohl aus sieben Orten der nationalsozialistische Sturm eigens zur Sprengung der Reichsbannerversammlung zusammengezogen war. Die einseitige Einstellung des Gerichts kommt in der Urteilsbegründung klar zum Ausdruck, in der dem nationalsozialistischen Führer Hitler ein Loblied gesungen, seine „anständige und ehrliche Weise" gerühmt wird, obwohl Hitlers Erklärung von der „Gewaltlosigkeit" der Nationalsozialisten zu den offenkundigen Tatsachen, die sich allerorten ereignen, in schreiendem Widerspruch steht.

In einem zweiten Fall hat die Strafkammer Köslin als Berufungsinstanz Nationalsozialisten freigesprochen, die im Februar 1930 als geschlossene Sturmabteilung vor Läden und Wohnungen jüdischer Bürger gezogen und dort nach einem Trommelwirbel im Takt „Juda verrecke" gerufen hatten. Die vom Amtsgericht Belgard gegen die Täter verhängte sehr niedrige Geldstrafe von je 50 RM. hat die Strafkammer aufgehoben, da nach der Begründung des Vorsitzenden, Landgerichtsrat Blackstady, in dem Rufe „Juda verrecke" weder eine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten, noch eine Beleidigung einzelner Juden gesehen werden könne. Derselbe Vorsitzende duldete es, daß die Angeklagten im Gerichtssaal den Faschistengruß machten.

In einem dritten Fall hat die Strafkammer in Essen als Berufungsinstanz die von der ersten Instanz gegen die Nationalsozialisten Dorny und Heinrich van Hall wegen schwerer Mißhandlung jüdischer Bürger verhängte Strafe von je zehn Monaten Gefängnis in unverständlicher Milde auf je drei Monate herabgesetzt. Das Strafmaß der ersten Instanz war durchaus berechtigt, da beide Angeklagte einschlägig und außerdem wegen gemeiner Verbrechen vielfach vorbestraft sind: Dorny achtmal, van Hall fünfmal.

Wir fragen an: Ist das Staatsministerium bereit, alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel dafür einzusetzen, daß nationalsozialistische Gewaltakte vor Gericht angemessene Sühne finden? Ist es ferner bereit, zu verhindern, daß das System der Einschüchterung auf die Gerichtssäle selber übergreift? Ist das Staatsministerium bereit, zu diesem Zweck die nötigen Anweisungen zu geben, damit der Zustand aufhört, daß sich nationalsozialistische Angeklagte, Zeugen usw. im Gerichtssaal als die eigentlichen Herren aufspielen, während die Würde des Gerichtes dauernd verletzt wird?'

Antijüdische Note bei den Ausschreitungen im Rheinland

Berlin, 13. Juli. (JTA.) Die befreiten Gebiete im Rheinland sind sofort nach dem Abzug der feindlichen Besatzung Schauplatz von Ausschreitungen meist rechtsradikaler Kreise gegen Separatisten und angebliche Separatisten geworden. Der „Jüdischen Rundschau" wird mitgeteilt, daß sich unter den Geschädigten viele jüdische Firmen befinden, obwohl sich die Juden nach übereinstimmender Ansicht aller Kreise im besetzten Gebiete, wie es nur selbstverständlich ist, außerordentlich loyal und taktvoll verhalten haben. Nach der Räumung veranstalteten alle jüdischen Gemeinden im besetzten Gebiete besondere Feiern, in denen die Juden ihrer Freude über die Beendigung der Besetzung Ausdruck gaben. Trotzdem befinden sich — wie der „J. R." weiter mitgeteilt wird — unter den vom „Volkszorn" der Rechtsradikalen „Bestraften" viele jüdische Familien. Die „J. R." schließt: „Es ist nun einmal so, daß sich jede Unruhe, einerlei wo der Ausgangspunkt für sie lag, fast automatisch gegen Juden richtet. Es muß festgestellt werden, daß in der rheinländischen Presse die Empörung darüber groß ist, daß die Rechtsradikalen ihre gegenwärtige Aktion immer stärker ins antisemitische Fahrwasser drängen, denn während der Besatzungszeit haben sich gerade die Juden ängstlich davor gehütet, irgendwelche Beziehungen zur Besatzungsarmee zu unterhalten."

Schluß der Makkabiade in Antwerpen

Antwerpen, 8. Juli. (JTA.) Die Tagung des Makkabi-Weltverbandes in Antwerpen gestaltete sich zu einer grandiosen Demonstration der jüdischen Jugend für den Zionismus. Die Zahl der teilnehmenden aktiven Sportler, Turner, Sportlerinnen und Turnerinnen betrug 1060. Nach der imposant verlaufenen Eröffnungsitzung berichtete Zisling aus Tel-Awiw über den Aufschwung des Makkabi in Palästina und überbrachte dem Kongreß die Grüße des Jischuw. Hierauf erstattete Friedenthal ein Referat über „Chaluziuth und Makkabi-Weltverband". Er ging ausführlich auf die aufblühende Hachscharahbewegung im Makkabi und auf die Maßnahmen, die zur Berufsumschichtung notwendig sind, ein. Es folgten Berichte der Vertreter der einzelnen Länder. Aus all diesen Berichten war der beispiellose Aufschwung der Makkabibewegung unter der jüdischen Jugend und ihre Zionisierung

zu ersehen. Während der Mittagspause trafen die Motorradfahrer in den Straßen Antwerpens ein. Es wurde ihnen unter Anteilnahme der jüdischen und nichtjüdischen Bevölkerung ein enthusiastischer Empfang zuteil. Am Nachmittag wurden die Verhandlungen fortgesetzt und verschiedene wichtige Beschlüsse gefaßt.

Am Sonntag, dem 6. Juli, nachmittags, fand im Berchenstadion ein großes Sportfest bei Anwesenheit von Tausenden von Zuschauern statt. Es wurden Wettkämpfe in der Leichtathletik, im Turnen (dieses unter Beteiligung einer größeren Gruppe aus Holland, wo noch keine Makkabivereine bisher existieren), Gymnastik und Fußball ausgetragen. Der Verlauf des Sportfestes war ein glänzender und stellte eine große Demonstration und ein Bekenntnis der jüdischen Jugend zur Idee der körperlichen Ertüchtigung dar. Am Abend vorher versammelte sich ein großer Teil der jüdischen Bevölkerung in der großen Turnhalle des Makkabi Antwerpen zu einer Kundgebung. Es sprachen außer den Vertretern der Zionistischen Föderation Belgiens, der Jüdischen Gemeinde Antwerpens und des Rabbinats Delegierte der verschiedenen Länder. Den stärksten Eindruck machten die Reden von Direktor Kareski, Barth, Dr. Klee und Dr. Lelewer. Alle Redner beglückwünschten den Makkabi Antwerpen zu seinem zehnjährigen Jubiläum und legten ein Bekenntnis ab zur Idee des Zionismus und des Makkabi. Mit Absingen der Hatikwah schloß diese eindrucksvolle Kundgebung. Der Sonntagabend vereinigte die Teilnehmer zu einem Schwimmfest, auf welchem vorzügliche Leistungen, besonders der Teilnehmer aus der Tschechoslowakei, England und Belgien gezeigt wurden. Ein besonderes Ereignis war das Tennisturnier am Montag, an welchem sich als Gast der berühmte Tennischampion und Spitzenspieler Daniel Prenn beteiligte. Prenn betonte seine volle Sympathie mit den Zielen des Makkabi-Weltverbandes und stellte seine weitere Mitarbeit in Aussicht.

Am Vormittag des Montag fand die Schlußsitzung der Delegiertentagung statt. Dr. Rosenfeld referierte über die Vorbereitungen zur Makkabiah 1932 und Fritz Lewinsohn über die Aufgaben des Ozar Hamakkabi. Für den Keren Kajemeth sprach Herr Pollak, der sich eingehend mit den Spezialaufgaben des Makkabi für den K.K.L. befaßte. Es wurde eine Reihe von wichtigen Beschlüssen betreffend Organisierung der Makkabiah, des Ozar Hamakkabi, des K.K.L. und betreffend sport- und turntechnische Fragen gefaßt. Am Montag nachmittag fand ein gastlicher Empfang der Präsidiumsmitglieder und der Delegierten durch die Belgische Föderation im Saale des Beth Zion statt, auf welchem Herr Torczyner im Namen der belgischen Zionisten Worte der Begrüßung sprach. Die Festtage fanden ihren Abschluß durch einen Ball, der alle Teilnehmer und zahlreiche Gäste am Montag abend vereinigte.

Vom Präsidium des Weltmakkabi wird dem JTA-Vertreter gegenüber erklärt: „Die Tage von Antwerpen haben bewiesen, daß im Makkabi-Weltverband eine neue Jugend heranwächst, die geeignet ist, Nachwuchsbewegung der zionistischen Weltorganisation zu werden. Der Makkabi-Weltverband ist heute die bei weitem größte Organisation jüdischer Jugend in aller Welt und stellt das stärkste Reservoir zionistischer Kräfte dar. Antwerpen war die letzte Etappe auf dem Wege zur Makkabiah, der jüdischen Olympiade, die im Frühjahr 1932 in Erez Isral stattfinden wird und auf die von jetzt ab alle Kräfte der Makkabiorganisation konzentriert werden.“

Aus der jüdischen Welt

Wieder Schändung eines jüdischen Friedhofes

Frankfurt a. M., 9. Juli. (JTA.) In einer der letzten Nächte wurde, wie aus Neustadt a. d. Aisch berichtet wird, der jüdische Friedhof bei Diespeck durch Umwerfen und Beschädigen von Grabsteinen geschändet. Die Gendarmerie hat sofort Nachforschungen aufgenommen.

Die Wahlen zum Preußischen Landesverband jüdischer Gemeinden

Berlin, 9. Juli. (JTA.) Am 30. November 1930 finden die Wahlen zum Verbandstage des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden statt. Der Verbandstag besteht aus Abgeordneten, welche von den Mitgliedern der zum Verband gehörigen Gemeinden gewählt werden. Auf je 3000 Seelen entfällt ein Abgeordneter; insgesamt wird der künftige Verbandstag 130 bis 140 Abgeordnete zählen. Die Abgeordneten werden auf die Dauer von vier Jahren gewählt, die Wahlperiode läuft vom 1. Oktober bis zum 30. September.

Die Fürsorgetätigkeit des Hilfsvereins

Berlin, 11. Juli. (JTA.) Vor einigen Tagen fand eine Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des Hilfsvereins der Deutschen Juden statt. Aus den erstatteten Berichten geht hervor, daß die Arbeit in den letzten Monaten auf den verschiedensten Gebieten erhebliche Fortschritte gemacht hat. Die Sammlung für Litauen, die der Kinderfürsorge dient, hat ein sehr günstiges Ergebnis gehabt. Der Geschäftsführende Ausschuß beschloß angesichts der fürchterlichen Notlage die Kinderfürsorgearbeit auch auf Polen auszudehnen unter Zugrundelegung von Vorschlägen von Herrn Dr. Bernhard Kahn. Die Hilfsarbeit sowohl in Litauen wie in Polen erfolgt im Einvernehmen mit dem American Joint Distribution Committee. In der Ukraine und in der Krim vollzieht sich die sanitäre Hilfsarbeit des Hilfsvereins in engstem Zusammenwirken mit der Jewish Colonisation Association und dem Agro-Joint, die bei dem Bau von Ambulatorien, die der Hilfsverein in den genannten Gebieten errichtet, ihre Mithilfe leihen. Das Kulturwerk des Hilfsvereins in Rumänien wird in umfassendem Maße fortgeführt. Der Produktivierung der jüdischen Jugend, die durch eine intensive Berufsberatung vorbereitet und gefördert werden soll, wird hierbei besonderes Augenmerk gewidmet. Die Fürsorgetätigkeit für die Auswanderer, für Waisenkinder und für Studierende nimmt ihren Fortgang und beansprucht nach wie vor erhebliche Mittel. Die Organisation des Hilfsvereins hat auch im letzten halben Jahr eine sehr wesentliche Erweiterung erfahren.

Das Lübecker Kindersterben zu antisemitischer Hetze ausgenützt

Berlin, 13. Juli. (JTA.) Am 11. Juli abends fand im „Rheingold“ eine vom „Arbeitsausschuß zur Verfolgung der Lübecker Kindermorde“ veranstaltete Versammlung statt, zu der außer Vertretern der betroffenen Lübecker Eltern (bekanntlich sind in Lübeck bisher 55 Kinder infolge unzweckmäßiger Fütterung mit dem Calmette-Präparat an Tuberkulose gestorben, während zahlreiche andere Kinder stark gefährdet sind) auch zahlreiche Ärzte erschienen waren.

In der den Referaten sich anschließenden Aussprache kam es zu erregten Szenen, als der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Moses fest-

DER AUFSTAND

VON J. OPATOSCHU

Aus dem Jiddischen von Siegfried Schmitz

22. Fortsetzung

In seiner freien Zeit beschäftigte er sich mit Philosophie und hatte unter seinen Siedlern eine Gesellschaft „Führer der Irrenden“ begründet. Dreimal wöchentlich las er dort mit den Mitgliedern den Maimonides und konnte sich auf keine Weise mit der Ansicht des Meisters befreunden, daß die Menschen, welche dem „Königspalast“ den Rücken kehren und sich von ihm entfernen, mit der Wurzel ausgerottet werden müßten.

Als Mordechai und Wirzbicki ins Speisezimmer traten, fanden sie die beiden Damen, denen sie auf dem Wege ins Schloß begegnet waren. Bliasch stellte die beiden vor. Nachdem ihnen die Hausfrau gnädig ihre kleine, dürre Hand hingestreckt hatte, blieben ihre Augen auf dem matten Antlitz der Tochter haften, deren Blick kokett und keusch zugleich war.

„Nehmen Sie Platz! Wenn ich nicht irre, Panowie, haben wir Sie auf der Straße getroffen?“ sagte die Hausfrau.

„Ja, Madame.“ Wirzbicki wurde gesprächig. „Sie fuhren mit Ihrer Tochter.“

„Wir machen jeden Tag vor dem Mittagessen eine kleine Spazierfahrt“, mischte sich diese ein. „Es mag noch so kalt sein.“

Die Speisen wurde aufgetragen.

Mordechai und Wirzbicki kauten mit vollen Backen. Als der erste Hunger gestillt war, begann die Unterhaltung von neuem; die Tochter plauderte mit Wirzbicki, Mordechai mit Bliasch. Die Hausfrau hörte beiden Gesprächen zu: da warf sie einen Witz, dort einen Scherz ein, die nicht immer zur Sache gehörten, und gar oft gedachte sie seufzend ihres Sohnes, der bei den Kämpfen war.

Der alte Bliasch benützte seine Hand mit den ausgestreckten Fingern als Landkarte. Mit den Fingern der anderen Hand bezeichnete er Dörfer, Bäche, Wälder, die Standorte polnischer Truppen, kurz er hatte hatte den ganzen Aufstand sozusagen auf der Handfläche.

„Modlin hätte schon längst erobert sein müssen,“ rief er ärgerlich aus, „der Russe darf keine Gelegenheit bekommen, sich dort zu verschanzen! Wenn wir gleich im Anfang Modlin überfallen und uns der siebzigtausend Gewehre bemächtigen, die dort lagerten, der Aufstand wäre siegreich! Auch jetzt ist es noch Zeit, einen Streich gegen Modlin zu führen! Doch das ist nicht nur das einzige Versäumnis! Daß das polnische Volk kein Geld für den Aufstand hergibt, davon rede ich nicht erst; aber die Führer hätten Geld aufbringen müssen, das wäre doch so leicht gewesen! Von Petersburg nach Warschau und zurück gingen zwei- bis dreimal im Jahre Millionen von Rubeln unter der Bedeckung von zwei oder drei Gendarmen mit einem Offizier; wäre es nicht ein leichtes gewesen, einen solchen Transport zu überfallen? Aber das bißchen Energie haben die ‚Weißen‘ dazu benützt, um gegen die ‚Roten‘ zu wühlen, und die ‚Roten‘ gegen die ‚Weißen‘. Jetzt, sehen Sie, gibt es nur ein Mittel: die Polen, die im Inneren Rußlands wohnen, müssen Bauernunruhen anstiften; wenn die Polen diese Propaganda richtig betreiben, so brechen in Rußland bestimmt Unruhen aus, und die russische Regierung ist gehindert, neue Truppen nach Polen zu entsenden... Das kann noch jetzt getan werden, und es muß getan werden!“

Diese Reden sagten Mordechai nichts Neues, er hatte sie mehr als einmal in Paris gehört. Ähnliche Pläne hatte ein junger Pole, Dombrowski mit Namen, in Warschau propagiert, ohne Gehör zu finden. Doch die Sicherheit, mit der Bliasch sprach, und die Art, wie er seine Meinung unterstrich, das alles imponierte Mordechai, und er hätte den ganzen Tag stillsitzen und Bliasch zuhören können.

Mordechai betrachtete Bliaschs kluges Gesicht und die zerfurchte Stirn, betrachtete den „praktischen Salman“, der glaubte, eine Mauer nach der anderen umzulegen, und nicht merkte, daß er immer noch die erste berannte, die nur elastisch vor ihm zurückwich.

Die Judendörfer, deren Bewohner ein ruhiges Dasein lebten, vom Handel nichts wußten und nur selten in die Stadt kommen brauchten, all dies machte einen fremdartigen Ein-

druck und erinnerte an die alten Essäer, die das messianische Reich herbeiführen wollten.

Bliasch hatte das Milieu, dem er entstammte, weit hinter sich gelassen und stand auch turmhoch über den Gutsbesitzern der Umgebung.

Jahrhundertelang hatten hier die Markgrafen geherrscht, von dem Gedanken durchdrungen, die Menge sei nur dazu da, damit sie, die Markgrafen, ein bequemes Leben führen könnten. Sie sahen darin den Sinn der Gattung Mensch. Sie bedrückten das Volk, brachen seine Bräuche und Gesetze. Die Herrschaft der Markgrafen nahm ein Ende, und es kam der Jude, der aus tiefster Überzeugung daran glaubte, er werde nur durch das Volk in Wahrheit sein, ein reinerer, höherer Mensch werden; und darum sei alles Gesetz, was dem Volke frommt und sein Leben erleichtert...

Als es dunkel wurde, fuhr vor dem Gehöft ein Schlitten vor.

„Wir wollen bald aufbrechen!“ sagte Bliasch.

Auf der Veranda wartete der Kutscher mit zwei Schafpelzen.

„Die sind für euch bestimmt!“ sagte Bliasch. „Darin werdet ihr nicht auffallen!“

Sie hüllten sich ein und nahmen im Schlitten Platz. Bliasch nahm dem Kutscher die Zügel ab:

„Du bleibst hier, ich fahre sie.“

Er trieb die Pferde an. Der Schlitten bog in einen schmalen verschneiten Pfad ein, der das Gehöft bald den Blicken entschwinden ließ...

Man hatte den Wald passiert. Auf einer Anhöhe zeichneten sich im Schnee die schwarzen Striche des Schrankens ab:

„Dort ist die Grenze!“ flüsterte Bliasch.

Und im scharfen Galopp ging es vorwärts. Noch ehe die beiden recht wußten, was vorging, hielt Bliasch die Pferde mit einem jähen Ruck. Vor ihnen stand eine Schenke.

„Wir sind in Österreich! In der Schenke hier werdet ihr übernachten und am Morgen fahret ihr mit der Bahn von Golumin nach Krakau. Nun denn, lebt wohl und kehret heil zurück!“

IN KRAKAU

Es war noch dunkel, als sie nach Krakau kamen. Daher entschlossen sie sich, bis Tagesanbruch auf dem Bahnhof zu bleiben und erst dann in die Jagiellonskagasse zu gehen, wo sie sich zu melden hatten.

Sie frühstückten. Wirzbicki setzte sich bequem in einen tiefen gepolsterten Sessel des Wartesaales und war sofort eingeschlummert.

Mordechai ging in den Wartesaal der dritten Klasse. Leute aus der Stadt standen beim Schanktisch vor einem Glas Bier oder Schnaps und plauderten harmlos. Mitten im Saale saßen Bauern auf ihrem Gepäck. Einige saßen auf offenen Säcken, andere schliefen. In einer Ecke saßen mehrere Juden in dicken Kaftanen oder in langen Pelzen, deren Kragen schon kahle Stellen aufwiesen, wagten kaum aufzublicken und unterhielten sich nur ganz leise...

Ein Zug fuhr ein. Beim Ausgang wuchs ein Mann in Uniform empor, der so hoch und breit war, daß er fast die Tür verstellte. Die Messingknöpfe auf seinem blauen Rock blitzten, der mächtige, hochgedrehte Schnurrbart, der zwei umgelegte Fragezeichen bildete, verlieh dem Gesicht einen verbrecherischen Zug. Mit geschlossenen Augen, gleichgültig, als wäre er allein im Saal, rief er mit tiefer Stimme alle Stationen aus, wo der Zug halten sollte.

Es entstand ein Rennen und Laufen. Noch lange hallte der Saal vom Lärm wider.

Ein Jude, der einen Sack auf den Schultern trug, trat ein. Ängstlich irrten seine Augen wie die eines Hasen hin und her und suchten einen Platz. Ein Bursche ging vorüber und stieß mit dem Ellenbogen den Sack so kräftig zur Seite, daß der Jude beinahe umgefallen wäre. Der Jude lächelte gezwungen, als ob er es für einen Scherz hielte. Vor lauter Angst sah er die Gruppe von Juden in der Ecke nicht. Der Bursche traf Anstalten, den Scherz noch kräftiger zu wiederholen. Doch Mordechai vertrat ihm den Weg und fragte den Juden:

„Suchet Ihr jemanden?“

Als der Fremde merkte, daß er einen Juden vor sich hatte, wurden seine Blicke ruhiger. Mit schmerzverzogenem Lächeln antwortete er:

„Ob ich jemanden suche? Nein. Wen soll ich suchen? Doch wenn man mitten unter Gojim warten muß, bekommt man Sehnsucht nach einem Juden. Man fühlt sich sicherer unter seinen Leuten... Ihr habt doch gesehen, wie der Esau auf mich losgegangen ist. Wie ich sehe, Panie, seid Ihr nicht von hier!?“

„Nein, ich bin nicht von hier.“

„Ihr seid wahrscheinlich in Geschäften hier?“

„Ja.“

Fortsetzung folgt.

stellte, daß der Vorsitzende des Elternausschusses, Dr. Steintal, in einem nationalsozialistischen Blatt ein Pamphlet gegen jüdische Ärzte geschrieben hat, in dem der Versuch gemacht wird, die Aufmerksamkeit von den wahren Schuldigen abzulenken und die Schuld jüdischen Ärzten in die Schuhe zu schieben. In seiner Erwiderung rückte das Mitglied des Elternausschusses, Dr. Meyer, von dem Artikel des Dr. Steintal ab und betonte die Notwendigkeit, in dieser Angelegenheit parteipolitische Neutralität zu wahren.

Leipziger Stadtverordneten-Kollegium lehnt einen Schächtverbotsantrag der Nationalsozialisten ab

Leipzig, 10. Juli. (JTA.) In der letzten Sitzung des Leipziger Stadtverordneten-Kollegiums stand ein Antrag der Nationalsozialisten zur Beratung, das Schächten im Stadtgebiet Leipzig zu verbieten. Berichterstatter für diesen Antrag war Stadtverordneter Obermeister Robert Schneider von der Wirtschaftspartei. Er wies darauf hin, daß das Schächten bereits vor einer Reihe von Jahren in Leipzig untersagt gewesen sei, daß man es aber 1911 aus wirtschaftlichen Gründen in Leipzig wieder eingeführt hat. Ein Verbot könne höchstens seitens des Reiches in Frage kommen, niemals aber seitens eines einzelnen Stadtgebietes. Das Kollegium lehnte dem Antrag des Berichterstatters gemäß das Ersuchen der Nationalsozialisten mit großer Mehrheit ab.

Verbindung der Arbeiterinnen Palästinas mit der Weltorganisation zionistischer Frauen

London, 9. Juli. (JTA.) Am 2. Juli kam in London anläßlich einer Sitzung der Wizo-Exekutive mit der Vertreterin des Arbeiterinnenrates Palästinas, Frl. Ada Fischmann, der Anschluß der Arbeiterinnen-Organisation Palästinas an die Weltorganisation zionistischer Frauen auf Grund einer besonderen organisatorischen Abmachung zustande, derzufolge die Arbeiterinnenschaft Palästinas eine Vertreterin in die Exekutive der Wizo entsenden und durch zwei Delegierte im Council, durch vier Delegierte in den zweijährlichen Konferenzen der Weltorganisation zionistischer Frauen vertreten sein soll. Die durch die Moazath Hapaoloth vertretene Organisation der Arbeiterinnen Palästinas umfaßt heute 11 000 Mädchen und Frauen der städtischen und der ländlichen Berufsarbeit.

Daniel Pasmanik gestorben

Paris, 7. Juli. (JTA.) In Paris verstarb an Tuberkulose Dr. Daniel Pasmanik, der bis zur bolschewistischen Revolution in der zionistischen Bewegung eine bedeutende Rolle gespielt hat. Im Jahre 1864 in Rußland geboren, war Pasmanik einige Jahre als Privatdozent der Medizin in Genf tätig. Der zionistischen Bewegung schloß er sich im Jahre 1900 an und wurde bald einer ihrer tätigsten Mitarbeiter. Er war Gegner des Charter-Gedankens und Befürworter der „evolutionistischen“ Auffassung des Zionismus und der „praktischen“ Richtung.

Die Tragödie von Borscha

Bukarest, 8. Juli. (JTA.) „Adeverul“ bringt einen ausführlichen Bericht über die Lage in Borscha. Das ganze Städtchen ist eine einzige Brandwüste, Schutt verbrannter Einrichtungsgegenstände, Waren, verkohlte Kadaver von Vieh und Geflügel füllen die Gassen. Die Einwohnerschaft der Unglückstadt kampiert im Freien, da nur ein kleiner Teil derselben von Verwandten und Bekannten aus der Umgebung aufgenommen werden konnte. Tiefe Trauer ist auf den Gesichtern der unglücklichen Einwohner zu lesen. Lebensmittel werden von außen zugeführt, aber nur die Kinder sieht man essen, die Erwachsenen verzichten auf Nahrung. Der Brandschaden wird auf insgesamt 50 Millionen Lei geschätzt, nur ein kleiner Teil des Besitzes war versichert. Das Finanzministerium hat eine halbe Million Lei für schnelle Hilfe zur Verfügung gestellt.

Fünf Todesopfer?

Czernowitz, 10. Juli. (JTA.) Der Sonderberichterstatter des „Czernowitzer Morgenblatt“ telegraphierte aus Borscha, daß bereits fünf Personen aus Borscha, die mit lebensgefährlichen Brandwunden ins Hospital von Sziget gebracht wurden, ihren Verletzungen erlegen sind.

Der antisemitische Terror in der Bukowina

Czernowitz, 13. Juli. (JTA.) Die von antisemitischen Agitatoren geführte Bauernbewegung in der Bukowina nimmt immer schwerere Formen an und gibt Grund zu äußerster Besorgnis um das Schicksal der Juden. Der Katastrophe von Borscha sind am 10. Juli Ereignisse in der überwiegend von Juden bewohnten Stadt Suczawa gefolgt, die den Juden schweren Schaden an Gesundheit und Besitz verursacht haben, und besonders dadurch zu schweren Besorgnissen für die Zukunft Anlaß geben, weil sich bei ihnen die Unzulänglichkeit der Schutzmaßnahmen erwies, die die rumänischen Behörden zur Anwendung bringen.

70. Geburtstag von Abraham Kahan

Neuyork, 14. Juli. (JTA.) Am Sonntag, dem 13. Juli, vollendete Herr Abraham Kahan (engl. Abe Cahan), der hervorragende jiddische Schriftsteller und Publizist, Mitschöpfer und Führer der modernen jiddischen Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten, Chefredakteur der großen jiddischen Tageszeitung „Vorwärts“ (Jewish Daily Forward), sein 70. Lebensjahr. Abe Cahan ist einer der populärsten Männer des jüdischen öffentlichen Lebens in den Vereinigten Staaten und er genießt auch unter den jüdischen Massen in den Ländern Osteuropas großes Ansehen.

Die Verhandlungen der Klagemauerkommission

Jerusalem, 9. Juli. (JTA.) Im Verlauf der Verhandlungen vor der Klagemauerkommission wurde der frühere diplomatische Vertreter Iraks in London, Mezah Bey Pachachi, vernommen. Reverend Christie, der älteste englische Einwohner von Tiberias, hat, da er seines hohen Alters wegen die Reise nach Jerusalem nicht unternehmen konnte, in einer schriftlichen eidlichen Erklärung eine erschöpfende Beschreibung seiner zahlreichen Besuche an der Klagemauer übersandt. In ihr legt er dar, daß er sowohl individuellen wie Gemeindegottesdienst mit allen Zubehören beobachtet hat. Eine andere schriftliche eidliche Erklärung übersandte ein Lehrer aus Manchester, namens Slotki. Weiter wurden als jüdische Zeugen Dr. David Yellin und Dr. Brawer vernommen. Für die arabische Seite wurde dann Mohammed Altaftazani Sufi, der „Wächter“ des ägyptischen Wakf, verhört.

Tel-Awiw erhält sein eigenes Schlachthaus

Jerusalem, 9. Juli. (JTA.) Die in den letzten Monaten in Tel-Awiw bestandenen Schwierigkeiten in der Fleischversorgung, die ihre Ursache darin hatten, daß die jüdischen Schlächter sich nach den Augustunruhen weigerten, im Schlachthaus von

Jaffa zu arbeiten, und die Regierung anderseits die Benutzung eines in Tel-Awiw errichteten Schlachthauses wegen angeblicher Nichterfüllung der geforderten hygienischen Bedingungen verbot, werden durch Errichtung eines Schlachthauses in Tel-Awiw bald behoben sein. Das Colonial Office hat beschlossen, die Bewilligung für eine Anleihe der Stadt Tel-Awiw zwecks Errichtung eines ständigen Schlachthauses zu erteilen.

Vorzugstarif für palästinensische Güter auf den ägyptischen Eisenbahnen

Kairo, 8. Juli. (JTA.) Die Palästina-Regierung hat an die ägyptische Regierung das Ersuchen gerichtet, für palästinensische Güter den Beförderungstarif auf den Eisenbahnen um 33 Prozent herabzusetzen. Wie die JTA aus zuverlässiger Quelle erfährt, dürfte diesem Ersuchen seitens der ägyptischen Regierung entsprochen werden.

Feuilleton

Thomas Mann liest aus dem Josephroman

Im dichtbesetzten Auditorium Maximum der Universität las Thomas Mann mehrere Kapitel aus seinem der Vollendung entgegengehenden Roman „Joseph und seine Brüder".

In einem „Lebensabriß", der im Juniheft der „Neuen Rundschau" erschien, deutete Thomas Mann bereits an, wie er zu diesem jüdischen Stoff kam: „Aus aller gewohnten Modernität und Bürgerlichkeit nämlich so tief ins Menschliche erzählerisch zurückzudringen, übte eine unbeschreiblichen sinnlich-geistigen Reiz auf mich aus.

Die zu Gehör gebrachten Szenen sind der Vor- und Vätergeschichte entnommen, in der die Figur des Jaakob eine hervorragende Rolle spielt. Mit Schärfe und einzigartiger Deutlichkeit, zugleich mit leise schmunzelnder Ironie zeichnet Thomas Mann seine Gestalten. Einmalig, lebensdurchpulst erstehen sie vor uns: die kalte abweisende Lea, die zarte, kleine aber schlaue Rahel, die um den Besitz der Dudaim, der Alraune in Streit geraten; Jaakob, der vor dem Neide seines Schwiegervaters Laban flieht; Esau, der flötenspielend und tanzend seinem Bruder entgegenzieht und dabei eine lächerlich-komische Figur macht. Liebevoller Humor begleitet die einzelnen Begebenheiten und rückt sie uns in greifbare Nähe. Überall spürt man die vollkommene Beherschung des Stoffes; nirgends lästige Breite, sondern Lebensganzheit, Wirklichkeit. Wie in seinem übrigen Werk ist auch hier die Sprache Thomas Manns eigenartig, blühend, durchsichtig, geistig und zugleich anmutig; anschaulich und lebenserfüllt gleitet sie dahin. Die kurzen Darstellungen zeugten von wahrer Dichtung, unbelastet von subjektivistischer Spielerei. Die Neugier nach dem menschlich Frühesten und Ältesten, dem Vorvernünftigen, Mythischen, Glaubensgeschichtlichen, die nach Manns Meinung in uns allen rege ist, nimmt hier Kunstform an, wird zu dauerndem Wert.

Und wenn es auch nicht ohne weiteres gestattet ist, von einzelnen aus dem Zusammenhang gerissenen Szenen auf das noch unvollendete Ganze zu schließen, so darf man wohl vermuten, daß dieses Werk ein erneuter Beweis für jene Humanität werden wird, von der Thomas Mann selbst sagt, daß sie für ihn kein erlesener und gedachter, sondern erlebter Gedanke sei.

Hertha Lieber.

Personalia

Mit dem Ableben von Jakob Hirschinger, der am 13. Juli im 73. Lebensjahr verschied, hat die Münchener Gemeinde eine außerordentliche Persönlichkeit verloren. 28 Jahre wirkte er hier in stiller, aufopfernder Arbeit, ein Freund und Ratgeber für jeden, der ihm begegnete, ein Vater und Helfer für unzählige Hilfesuchende, ein Gelehrter von seltener Tiefe, ein Mann reinster Überzeugungstreue, ein Weiser, wie sie unsere Zeit kaum noch kennt. Als Jakob Hirschinger 1902 nach München kam und die Geschäfte des damaligen Zentralverbandes der jüdischen Wohlfahrtsvereine übernahm, baute er in freundschaftlichem Zusammenwirken mit dem sel. Rabbiner Dr. Werner und dessen Frau das gesamte Wohlfahrtswesen zu einer mustergültigen Organisation aus. Jakob Hirschinger war die führende Kraft der Chewra Kaddischa, der Krankenfürsorge, der Ferienkolonie, des Durchwanderervereins, des Frauenvereins und des Holzvereins. Mit der Gründung des Wohlfahrtsamtes der Kultusgemeinde übernahm er diese Arbeiten im Dienste der Gemeinde und wirkte in ihr unermüdlich, ein seltenes Beispiel hingebungsvollen Schaffens. Was ihn vor allem auszeichnete, war das menschliche Verstehen, das Miterleben und Fühlen für alle, die des Rates und der Hilfe bedurften. Das bewies er vor allem bei der Versorgung der ortsansässigen Armen, von denen mancher durch ihn in der diskretesten Weise gestützt, gefördert und zu neuem Mute geleitet wurde. Dieses allumfassende, allverstehende Liebeswerk konnte nur von einem Manne geleistet werden, dessen Geist ihn befähigte, sich über das Niveau des täglichen Lebens zu erheben. Aus einem Hause stammend, in dem jüdisches Wissen und strenge Gläubigkeit Tradition war, war Jakob Hirschinger bereits in jungen Jahren in die Wissenschaft des Judentums eingedrungen und hatte sich ein solches Maß von Kenntnissen angeeignet, daß er zum wissenschaftlichen Helfer des berühmten Gelehrten Raphael Rabinowitsch wurde, den er auf seinen Studienreisen bis in den Orient begleitete. Er war einer der besten Kenner alter Literatur, ein Bibliograph von umfassendem Überblick. Dies bewies er immer wieder, galt es nun die Bibliothek des Ohel Jakob zu leiten und zu katalogisieren, in der Zusammenarbeit mit dem sel. Dr. Ehrentreu Fragen zu entscheiden oder Gelehrten wertvolle Hinweise zu geben. Dabei trat er, der einer der besten Gelehrten, allerdings ohne Rang und Titel war, für sich stets bescheiden in den Hintergrund. Er wollte nicht genannt sein; wer aber das Glück hatte, in wissenschaftlicher Unterhaltung, in seiner mit einer wertvollen Bibliothek gefüllten Stube ihm näherzutreten, der empfing einen Hauch echter Gelehrsamkeit, eines Wissens, das sich auf Gebiete erstreckte, das mit der gleichen Begeisterung Altem wie Neuem, jüdischer Erkenntnis wie technischen Erfindungen folgte. Die Kultusgemeinde München, die Gemeinde Ohel Jakob, die große Schar derer, der er Wohltäter gewesen, das Judentum verliert in Jakob Hirschinger einen der Würdigsten und Edelsten, einen Mann, dessen Andenken fortleben wird bei allen, die ihn kannten, verehrten und liebten.

An der Bahre hob Oberstlandesgerichtsrat Neu-

meyer die Verdienste des Entschlafenen für die Gemeinde hervor und dankte dem edlen Menschen mit bewegten Worten. Rabbiner Dr. Ehrentreu entwarf ein Bild vom Wesen und den Leistungen des Verstorbenen; im Namen der vielen Vereine würdigte Justizrat Oppenheimer den bis in die letzten Tage seines segensreichen Lebens unermüdlichen Helfer. Eine große Schar Trauernder folgte der Bahre, um Jakob Hirschinger das letzte Geleit zu geben.

K. S.

Gemeinden-u. Vereins-Echo

Vorstandssitzung der Israelitischen Kultusgemeinde München

vom 3. Juli 1930

Tagesordnung: Wohlfahrtswesen (Persönliches).

Wir erhalten vom Vorstand der Israelitischen Kultusgemeinde folgende Mitteilung mit der Bitte um Veröffentlichung:

Die von dem Vorstandsmitglied Kommerzienrat Dr. Wassermann an der Geschäftsbehandlung des Wohlfahrtsamtes in der gemeinschaftlichen Sitzung der gemeindlichen Kollegien und des Sozialen Ausschusses vom 23. Juli 1930 geübte Kritik veranlaßte den Berichterstatter für das Wohlfahrtswesen, Justizrat Dr. E. Straus, mit Brief vom 1. Juli 1930 dem Vorstand mitzuteilen, daß er nicht mehr in der Lage sei, die Verantwortung für die Geschäftsführung des Wohlfahrtsamtes zu tragen, und daß er eine Stellungnahme des Gesamtvorstandes für notwendig erachte.

Zur Behandlung der Angelegenheit wurde die Vorstandssitzung vom 3. Juli bestimmt, in welcher vom Vorstand, Oberstlandesgerichtsrat Dr. Neumeyer, JR. Dr. Oestreich, JR. Dr. Straus, Sanitätsrat Dr. Baron, Hermann Rosenthaler, Frau Stark und Kommerzienrat Dr. Wassermann, ferner Rabbiner Dr. Baerwald und die Vorsitzenden der Gemeindevertretung, Dr. Wilmersdörfer, JR. Dr. Feuchtwanger und Walter Weiß anwesend waren.

Zu Beginn der Sitzung bedauerte der Vorsitzende die Art der an der Leitung und der Tätigkeit des Wohlfahrtsamtes geübten Kritik. Kommerzienrat Dr. Wassermann gab daraufhin eine Erklärung ab, daß seine Kritik eine rein persönliche gewesen und ohne Bindung oder Festlegung der liberalen Fraktion, auch nicht in deren Namen oder Auftrag erfolgt sei. Mit seinen Ausführungen habe er nicht die den erstatteten Berichten zugrunde liegende Arbeit des Wohlfahrtsamtes treffen wollen. Er erachte die Institution des Wohlfahrtsamtes, wie wohl alle Mitglieder beider Kollegien, als eine notwendige Einrichtung der Gemeinde, welche durch eine Bemängelung des Abrechnungsverfahrens des Amtes weder beeinträchtigt werde, noch habe beeinträchtigt werden sollen. Er müsse deshalb die in der Presse erschienene Unterstellung, als ob er oder gar die liberale Fraktion an eine Beseitigung des Wohlfahrtsamtes dächten, als unwahr und jeder tatsächlichen Unterlage entbehrend bezeichnen. Er stehe nicht an, dem Vorsitzenden des Wohlfahrtsamtes hinsichtlich seiner sachlichen Führung der Geschäfte sein vollkommenes Vertrauen auszusprechen.

In der daran anschließenden Besprechung wurde der Leitung und Tätigkeit des Wohlfahrtsamtes von den verschiedensten Seiten — Oberstlandesgerichtsrat Dr. Neumeyer, JR. Dr. Oestreich, Sanitätsrat Dr. Baron (stellvertretender Vorsitzender der liberalen Fraktion), JR. Dr. Feuchtwanger, als Vertreter der Orthodoxie, Frau Recha Stark, Rabbiner Dr. Baerwald — das volle Vertrauen ausgesprochen. Sanitätsrat Dr. Baron erklärte insbesondere:

1. KR. Dr. Wassermann habe bei der Sitzung der gemeindlichen Kollegien unter Zuziehung des Sozialen Ausschusses vom 23. Juni 1930 nicht namens und im Auftrag der liberalen Fraktion gesprochen, sondern lediglich seine persönliche Meinung zum Ausdruck gebracht.
2. Die liberale Fraktion wünsche grundsätzlich die Fortführung der Wohlfahrtspflege und weise es mit Entschiedenheit zurück, wenn ihr unterstellt werde, daß sie das gemeindliche Wohlfahrtswesen grundsätzlich einschränken oder gar beseitigen wolle.

Dr. Neumeyer stellte hiermit den Antrag zu beschließen: „Der Vorstand spricht der Leitung und Tätigkeit des Wohlfahrtsamtes das uneingeschränkte Vertrauen aus."

Der Antrag wurde bei Stimmenthaltung des JR. Dr. Straus einstimmig angenommen.

Dr. Neumeyer stellte mit Befriedigung fest, daß die Angelegenheit heute allseitig in loyalster Weise behandelt worden sei. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

*

Der im vorstehenden wiedergegebene Beschluß des Vorstands schafft erfreulicherweise Klarheit über die mit der Tätigkeit des Wohlfahrtsamts zusammenhängenden Fragen, die wir nach der gemeinsamen Sitzung der gemeindlichen Körperschaften mit dem Sozialen Ausschuß vom 23. Juni in unserem Artikel: „Kampf um das Wohlfahrtsamt" („Jüdisches Echo" Nr. 26) zu behandeln gezwungen waren.

Die Möglichkeit für eine gedeihliche Weiterarbeit des Wohlfahrtsamts scheint nunmehr wieder gegeben, nachdem kein Zweifel mehr darüber besteht, daß Herr Dr. Wassermann in jener Sitzung wirklich nur im eigenen Namen gesprochen hat. Die Interpretation, die Herr Dr. Wassermann nachträglich seinen kritischen Äußerungen gibt, dürfte, was das Protokoll der Sitzung ausweisen muß, eine sehr gekünstelte sein — davon soll jetzt jedoch nicht weiter die Rede sein, da er sich sogar zu einer ausdrücklichen Ehrenerklärung für Herrn Justizrat Dr. Straus herbeigelassen hat.

In eigener Sache allerdings müssen wir uns gegen die von ihm abgegebene Erklärung wehren. Herr Dr. Wassermann bezeichnet unseren Kommentar zu seinen Ausführungen als „Unterstellung". Da wir nicht im Herzen Dr. Wassermanns lesen können, müssen wir uns an seine Worte und Taten halten. Und diese schlossen eigentlich jede andere als die von uns gegebene Auslegung aus.

Auch die Erklärung der liberalen Fraktion enthält eine Zurückweisung von angeblichen „Unterstellungen". In unserem Artikel war nur von „Vermutungen", von anscheinenden „Absichten" der liberalen Fraktion die Rede — diese Vermutungen aber, daran müssen wir auch heute festhalten, waren in dem Augenblick, in dem sie geäußert wurden, nur zu gerechtfertigt, und es war nötig sie auszusprechen. Wenn die liberale Fraktion die Entstehung solcher Vermutungen — zu denen, wie gesagt, die Reden Dr. Wassermanns allen Anlaß boten — unmöglich machen wollte, so hätte sie nur die Erklärung, zu der sie sich jetzt im Gemeindevorstand entschloß, in jener Sitzung abzugeben brauchen. Eine solche Erklärung war nötig und sie wurde erwartet; sie wurde damals nicht gegeben — darf sich die liberale Fraktion beklagen, wenn man aus ihrem Verhalten Schlüsse zog?

Die liberale Fraktion hat erst jetzt Klarheit über ihre Stellungnahme zum Wohlfahrtsamt geschaffen; wir nehmen ihre programmatische Erklärung zur Kenntnis und behalten uns vor, zu gegebener Zeit sie daran zu erinnern, daß diese Erklärung auch ein Versprechen bedeutet.

Wochenprogramm der V.J.St. „Jordania“:

Sonntag, 20. Juli: bei gutem Wetter gemeinsamer Ausflug.

Montag, 21. Juli, abends 8.30 Uhr: im Heim Burschenprüfung. Off.

Donnerstag, 24. Juli, abends 8 Uhr: Burschenkurs. Abends 10 Uhr: Schlußkonvent, hochoff. Die AH. werden um Erscheinen gebeten.

Schekelaktion 5690. Sämtliche Schekelblockinhaber werden dringend aufgefordert, die gesammelten Schekelgelder und die Schekelblocks bis spätestens Montag, den 21. Juli, im Ortsgruppenbüro, Herzog-Rudolf-Straße 1, abzuliefern.

Hebräische Sprachkurse München. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß der hebräische Unterricht in sämtlichen Kursen während der Ferien ausfällt. Wiederbeginn: Montag, den 1. September.

Bar-Kochba. Damen-, Mädchen- und Kinderabteilung. Ab 15. Juli sind Ferien. Der gesamte Turnbetrieb wird am Montag, dem 1. September, wieder aufgenommen.

Vereinigung jüdischer Akademiker im B.J.A. Am Donnerstag, 24. Juli, abends 8 Uhr, hält Herr Universitätsprofessor Dr. Adolf Fränkel (Jerusalem) im Lessingsaal einen Vortrag über das Thema: „Der Chinuch in Erez Israel.“ (Das gesetzestreue palästinensische Erziehungswerk.) Gäste sind herzlich willkommen.

Gesamtausschuß der Ostjuden München. Jüdischer Kulturverein I. L. Peretz gratuliert dem 1. Vorstand, Herrn Arnold Goldberg, zur Vermählung 3.—; Familie Zuckerberg gratuliert Herrn Arnold Goldberg zur Vermählung 1.—; Ida Ertischek gratuliert Herrn Arnold Goldberg zur Vermählung 1.—; der Gesamtausschuß der Ostjuden gratuliert seinem Vorstandsmitglied, Herrn Arnold Goldberg, zur Vermählung.

Keren Kajemeth Lejisrael
Jüdischer Nationalfonds

Postscheck-Konto München 10442, Nürnberg 24565
Fernsprecher München 297449, Nürnberg 21912

Zentrale für Deutschland, Berlin W 15
Meinekestraße 10

Münchener Spendenausweis Nr. 32
vom 7.—15. Juli 1930

Goldenes Buch ZOG, München. Herr und Frau Grünbaum gratulieren Familie Saposchnik zur Vermählung ihres Sohnes, Familie Goldberg desgleichen 3.—; Herr und Frau Jakob Blum gratulieren Familie Goldberg zur Vermählung ihres Sohnes 3.—.

Büchsen. Geleert durch Herrn Alfred Goldstern: Dr. B. Nußbaum 3.—, M. Blum 2.50, Th. Mendle 2.50, S. Gröger 1.40, J. Guggenheim 1.40, M. Königsberg 1.—, Prof. M. Klugmann —.68 = 19.17; geleert durch Albrecht Fröhlich: Familie Einstein (Augsburg) 17.10, Jul. Fröhlich 5.60, Frau Ida Gutmann 5.50, Geschwister Straus 2.—, David Horn 1.50, Frau A. Hirschberger 1.50, David Goldberg 1.54 = 34.79; geleert durch Willy Fett: Rudolf Wengraf 10.10, L. Glaßmann 2.—, L. Feldherr 1.55, J. Berkowitsch 1.44, Sim. Goldfarb 1.36, Eug. Abeles 1.—, B. Faktorowitsch 1.—, M. Elias —.50 = 18.95; einzelne Büchsen: Henny Kupfer 12.35, Camilla Hohenberger 6.— = 18.35; insgesamt 91.26.

Imi-Taschen. Camilla Hohenberger 5.50.
Material: 2 N.F.-Telegramme 1.—.
Zusammen 103.76 RM.

Gesamtsumme seit 1. Oktober 1929 6876.73 RM.

Berichtigung. Nathan-Holzinger-Garten: Es muß heißen: statt 3 Bäume 30 RM. 5 Bäume 30 RM.

Benützt bei allen Anlässen die Telegramm-Ablösungsformulare des Jüdischen Nationalfonds. Preis 50 Rpf. Erhältlich im Büro des J.N.F., Herzog-Rudolf-Straße 1.

Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß nur solche Spenden im „Jüdischen Echo“ ausgewiesen werden können, die spätestens Dienstag jeder Woche aufgegeben und einbezahlt wurden im

Büro des Jüdischen Nationalfonds,
Herzog-Rudolf-Straße 1.

Spendenausweis des Nürnberger Büros
vom 11. Juli 1930

Spendenbuch. Anläßlich Hochzeit Reis-Adler durch Herrn Ernst Wassermann gesammelt: Siegfried Adler, Nikolaus Reis je 10.—, B. Wassermann, Ernst Wassermann, Franz Götz je 5.—, Leo Adler, Emil Halpern je 3.—, Paul Adler, Arthur Rosenberg, N.N., N.N., N.N., Dr. Raaber je 2.— = 53.—; anläßlich Hochzeit Pfrid-Schapira gesammelt 25.—; Herr und Frau Schalom Schapira danken allen Freunden für die Glückwünsche und Aufmerksamkeiten 10.—; Herr Moritz Ullmann anläßlich seines 80. Geburtstages 10.—; Herr und Frau Ludwig Gundelfinger anläßlich Geburt ihrer Tochter 10.—.

Bäume für Balfour-Wald. Es gratulieren zur Vermählung Schapira-Pfrid: Frl. Lilly Vorhaus 1 Baum 6.—, Dr. Strauß-Reich und Frau ½ Baum 3.—, Gisa Berger 2.—, Hermann Landau 1.—.

Wertzeichen. Leo Königshöfer 1 Telegramm —.50, Nathan Nußbaum 2 Telegramme 1.—, Dr. Strauß-Reich 2 Telegramme 1.—, Julius Friedmann 2 Telegramme 1.—, Moses Wilpred 2 Telegramme 1.—, Frau Dr. Landauer für 1 Baustein —.50, Sabine Steiner 30 Bausteine gesammelt 15.—.

Büchsen. Durch Tilde und Hannah Nußbaum: Dr. Meinhold Nußbaum 15.—, Graf 8.38, Frau Henny Kahn 7.25, Franz Steinhardt, Dr. Steckelmacher je 6.—, Dr. Liebstaedter 5.—, Siegfried Kahn 4.20, Jul. Kahn 2.— = 53.83.

Zusammen 193.83 RM.

Seit 1. Oktober 1929 aufgebracht: 6137.35 RM.

Bamberger Spendenausweis

Landspende: RM. 10.— Fritz Stein, Bamberg.

Baumspende: RM. 6.— = 1 Baum: Der hebr. Sprachkurs Bamberg gratuliert seinem Lehrer Sch. Schapira zur Vermählung herzlichst.

BERTA RAPOPORT
KARL HELFGOTT

Verlobte

MÜNCHEN z. Z. Tel-Aviv Juli 1930 WIEN

Zionisten, liefert umgehend die gesammelten Schekelgelder im Büro, Herzog-Rudolf-Straße 1, ab!

Abonnieren Sie die

„PRESSE-REVUE"

HERAUSGEGEBEN VOM ZENTRALBÜRO DER ZIONISTISCHEN ORGANISATION.

Die „PRESSE-REVUE" bringt Woche für Woche eine Zusammenfassung wichtiger Aeußerungen der zionistischen Presse unter besonderer Berücksichtigung der hebräischen Zeitungen Palästinas.

Jede Nummer enthält:

1. Eine Übersicht über die **hebräisch-palästinensische** Presse und ihre Stellungnahme zu den Problemen des Aufbaus und der Politik.

2. Eine Revue der allgemein zionistischen **Presse der Diaspora.**

3. Auszüge aus der **arabischen** Presse, die die Stellungnahme der palästinensischen sowie syrischen und ägyptischen Araber zur zionistischen Bewegung und Arbeit beleuchten.

Im Hinblick auf die jüngsten Ereignisse in Palästina ist diesem Teil der Revue ein erweiterter Raum gewährt worden.

Jeder Zionist, der mit der Gedankenwelt und den Leistungen der zionistischen Bewegung in engem Kontakt zu bleiben wünscht, muß die „PRESSE-REVUE" abonnieren. Das Abonnement für die „PRESSE-REVUE" kostet 10 Shilling pro Jahr. Es wird gebeten, den Abonnementsbeitrag der Bestellung beizulegen.

ZENTRALBÜRO DER ZIONISTISCHEN ORGANISATION
VERLAG DER „PRESSE-REVUE"
77, Gt. Russell Street, LONDON, W. C. 1.

Färberei J. Arnold
Chemische Waschanstalt

Was Du brauchst
kaufe bei

TIETZ

Der Name bürgt für zuverlässige Qualitäten und billigste Preise

Tietz hat Alles!

MAX CAMMERLOHER
Feinkost Residenzstraße 23 **Weine**

Stadtküche

Übernahme kalter und warmer Essen in jeder Größe und Ausführung mit oder ohne Geschirr, Silber, Bedienung, Weine usw.

Vorspeisen und kalte Platten, garnierte Brötchen

Empfehlungen aus allen Gesellschaftskreisen

Bei Kopfweh, Migräne,
wie insbesondere bei Erkrankungen neuralgischer und katarrhalischer Art wirken prompt und zuverlässig

Germosankapseln

Die verblüffende Wirkung beruht auf der spezifischen Zusammensetzung: Amidophenaz. 0,15 + Phenaz. sal. 0,45 + Chinin 0,01 + Coffein 0,1
In allen Apotheken erhältlich

Original-Schachtel à 9 Kapseln **Reichsmark 1.15**
(Neue Packung ab 1. April)

Gute Kunden
werben Sie
durch ein Inserat
im „Jüdischen Echo!"

DER KAVALIER
trägt nur
Herren-Wäsche
aus dem bek. Spezial-Maß-Atelier
ANNI ZEITLER
Zaubzerstraße 40/0
Linie 19 Steinhausen
Tel. 44966 / Erste Referenzen

Annahme von
kleinen Anzeigen
für
„Das Jüdische Echo" und die
„Bayerische Israelitische Gemeindezeitung"
auch
Ewer-Buchhandlung, Ottostraße 2

VERLAG B. HELLER, MÜNCHEN, PLINGANSERSTRASSE 64

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München.